

Beschäftigung von Werkstudierenden bei der Stadt Nürnberg

I. 1. Zielsetzung

Die Beschäftigung von Werkstudierenden, gerade in Bereichen, in denen die Personalgewinnung sich zunehmend schwieriger gestaltet, wird als gute Gelegenheit gesehen, Studierende frühzeitig an die Stadt Nürnberg als Arbeitgeberin zu binden und den Bekanntheitsgrad der unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung bei Studierenden zu steigern. Denn Werkstudierende sind die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter von morgen und können auch bereits frühzeitig als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wirken.

Für die Stadt Nürnberg wird es immer wichtiger, diese Zielgruppe schon während des Studiums an die Stadtverwaltung zu binden, da aufgrund des anhaltenden günstigen Bewerbermarktes viele Studierende nach dem Abschluss erst gar nicht auf Jobsuche für den Direkteinstieg sind und bereits von der Konkurrenz abgeworben wurden. Denn in der Privatwirtschaft wird dieses Instrument von etlichen Firmen bereits seit vielen Jahren erfolgreich genutzt und auch im öffentlichen Dienst bieten bereits einige Kommunen, z.B. die Stadt Ansbach oder die Stadt Berlin oder auch die AKDB, Beschäftigungsmöglichkeiten für Werkstudierende an. Gleichzeitig steigen auch die Anfragen von interessierten Studierenden selbst nach einem Werkstudierendenprogramm bei der Stadt. Dass ein Werkstudierendenprogramm bei der Stadt Nürnberg aus den genannten Gründen gerade im technischen Bereich sehr sinnvoll wäre, wurde auch im Rahmen der Strategieprojekte deutlich und von der externen Beratungsfirma Kienbaum dringend empfohlen.

2. Pilotierung

Das Personalamt hat, im Zuge anderer Fragestellungen zum Thema Praktika, die Bereitschaft für bzw. den Wunsch der Dienststellen und Eigenbetriebe nach der Beschäftigung von Werkstudierenden erfragt. Konkret wurde abgefragt, ob die Beschäftigungsmöglichkeit von Werkstudierenden in der Dienststelle / dem Eigenbetrieb gewünscht wird und falls ja, in welchem Beschäftigungsbereich.

Aufgrund der von den Dienststellen und Eigenbetrieben erfolgten Rückmeldungen wird deutlich, dass insbesondere im technischen Bereich große Nachfrage nach der Beschäftigung von Werkstudierenden besteht. Dies deckt sich auch mit der Einschätzung unseres Marketingteams und der Beraterfirma Kienbaum. Um erste Erfahrungen zu sammeln, wird vorgeschlagen, insbesondere in diesem Bereich zunächst im Rahmen einer Pilotierung mit SUN, SÖR und H zu starten. Die genauen Schwerpunkte des Angebotes sollten im Detail mit den o.g. Bereichen besprochen werden. In die Entscheidung sollten aber

Überlegungen zur Möglichkeit einer breiten Einsetzbarkeit im Anschluss an das Werkstudierendenverhältnis einfließen. Dies wäre z.B. bei Studiengängen aus dem Bereich Bauingenieurwesen und Elektrotechnik gegeben.

Darüber hinaus hat auch DIP/IT sich bereiterklärt, als Pilotbereich zu fungieren. Gerade im IT-Bereich sollten aufgrund der angespannten Bewerbermarktsituation möglichst alle Optionen der Personalgewinnung genutzt werden. Zusätzlich bot sich auch das Presseamt als Pilotbereich an.

Nach einem Evaluationszeitraum von zwei Jahre wird der Pilotversuch im Hinblick auf die Erzielung der gewünschten Effekte sowie der Verhältnismäßigkeit des praktischen Nutzens der Dienststellen und Eigenbetriebe ausgewertet. Ebenfalls sind hier der Umfang der angebotenen Beschäftigung für Werkstudierende sowie die Einsatzbereiche zu hinterfragen und ggf. anzupassen.

3. Rechtliche Einordnung

Grundsätzlich handelt es sich bei Werkstudierenden um „echte Arbeitnehmer“, die unter das Mindestlohngesetz fallen und auf deren Arbeitsverhältnis der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bei tarifgebundenen bzw. tarifynwendenden Arbeitgebern unmittelbare Anwendung findet. Ausgenommen sind nur sozialversicherungsfreie kurzfristige Beschäftigungen, die aus dem Geltungsbereich des TVöD nach § 1 Abs. 2 Buchst. m TVöD ausgenommen sind (geringfügig Beschäftigte im Sinne von § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV). Jedoch gibt es bei den Arbeitsverhältnissen von Werkstudierenden eine Besonderheit bzgl. der Sozialversicherungspflicht. Unter bestimmten Voraussetzungen sind diese Arbeitsverhältnisse in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung in einer Sonderstellung (sog. Werkstudentenprivileg).

Da die Regelungen des TVöD auf die Beschäftigungsverhältnisse mit Werkstudierenden unmittelbar Anwendung finden, gilt in diesen Fällen auch die Tarifautomatik bzgl. der Eingruppierung. Daher ist bzgl. der Eingruppierung bzw. des Stellenwertes der übertragenen Aufgaben auch bei Werkstudierenden eine Bewertung durch DIP/PrO-2 bzw. Ref. I/II-CC auf Basis einer Aufgabenbeschreibung durch die Dienststelle/den Eigenbetrieb erforderlich. Es sollte sich bei den Aufgaben, die den Werkstudierenden übertragen werden, in der Regel um Aufgaben der Einstiegsstellen handeln.

Die Eingruppierung im Geltungsbereich des öffentlichen Dienstes ergibt sich aus § 12 i.V.m. Anlage 1 – Entgeltordnung (VKA) TVöD. Demnach ist der/die Beschäftigte in der Entgeltgruppe eingruppiert, deren Tätigkeitsmerkmale der gesamten von ihm/ihr nicht nur vorübergehend auszuübenden Tätigkeit entspricht. Verfügt jemand nicht über den erforderlichen Abschluss, besteht über die Vorbemerkung Nr. 2 der Entgeltordnung zum TVöD die Möglichkeit, denjenigen / diejenige in der nächst niedrigeren Entgeltgruppen einzugruppieren.

Die Eingruppierung jedes/jeder Werkstudierenden ist abhängig von der Vorbildung bzw. ob bereits ein Studienabschluss vorliegt und muss im jeweiligen Einzelfall durch das Personalamt geprüft werden.

Anders als bei einer Aushilfskraft, sollte bei einem Werkstudierenden die Tätigkeit idealerweise eine fachliche Ergänzung zum Studium darstellen. Die Tätigkeit sollte so ausgestaltet sein, dass im Studium erlangte Kenntnisse praktisch umgesetzt bzw. vertieft werden können. Im Fokus steht insgesamt aber, anders als bei einem Praktikum, nicht der Erwerb von beruflichen Fertigkeiten, Kenntnissen, Fähigkeiten oder beruflichen Erfahrungen, sondern der Verdienst der zur Durchführung des Studiums und zum Bestreiten des Lebensunterhalts notwendigen Mittel.

4. Personenkreis und Auswahlverfahren

Unter bestimmten Voraussetzungen besteht für Studierende, die mehr als geringfügig beschäftigt sind, in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung Versicherungsfreiheit und in der Pflegeversicherung die Möglichkeit, nicht pflichtversichert zu sein (sog. Werkstudentenprivileg). Für die Rentenversicherung besteht eine solche Ausnahme nicht. Folgende Voraussetzungen müssen erfüllt sein:

Es muss sich um

- a) eine Person handeln, die als „ordentliche Studierende“
- b) ein Studium an einer Hochschule oder einer fachlichen Ausbildung dienenden Schule durchführt und
- c) die Tätigkeit gegen Arbeitsentgelt „neben“ dem Studium ausübt.

Hauptaugenmerk bei der Beurteilung, ob die Voraussetzung der Beschäftigung neben dem Studium erfüllt ist, liegt darauf, ob sich die entgeltliche Tätigkeit dem Studium unterordnet. Davon kann ausgegangen werden, wenn die Beschäftigung nicht an mehr als 20 Stunden pro Woche ausgeübt wird.

Ausnahmen hiervon sind nur denkbar, wenn:

- a) die Beschäftigung mit mehr als 20 Stunden die Woche nicht unbefristet oder auf einen Zeitraum von mehr als 26 Wochen pro Jahr (182 Kalendertage) ausgeübt wird und die über 20 Stunden hinausgehende Arbeitszeit aber an Wochenenden oder in den Abendstunden erbracht wird
- b) die Beschäftigung mit mehr als 20 Stunden pro Woche nur in den Semesterferien erfolgt.

Mehrere Beschäftigungen (auch geringfügige oder selbstständige Tätigkeiten) sind zusammenzurechnen. Abzustellen ist, entgegen § 6 Abs. 2 TVöD nicht auf die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von bis zu einem Jahr, sondern auf die tatsächlich geleistete wöchentliche Arbeitszeit. Um sicherzustellen, dass diese Voraussetzung erfüllt ist, wird vorgeschlagen, nur Verträge mit einem Stundenumfang von max. 15 Wochenarbeitsstunden abzuschließen. Dies entspricht auch der durchaus gängigen Praxis.

Betrachtet man den Begriff des Werkstudierenden nur von sozialversicherungsrechtlicher Seite, so sind bei der Stadt Nürnberg bereits Personen beschäftigt, die unter das sog. Werkstudentenprivileg fallen. Es handelt sich hierbei z.B. um Erzieher/innen, die bei uns als solche beschäftigt sind und die Arbeitszeit reduziert haben, um nebenberuflich noch

zu studieren. Oder es sind Studierende als Aushilfskräfte z.B. im Kulturbereich für Veranstaltungen, beim Erfahrungsfeld der Sinne o.ä. beschäftigt. Die Zielsetzung, die mit der Einführung einer Beschäftigung von Werkstudierenden erreicht werden soll, ist jedoch primär eine andere (s.o.).

Es wird vorgeschlagen, die Besetzung von Werkstudierendenstellen regulär über ein Stellenbesetzungsverfahren abzuwickeln. Dies entspricht auch der marktüblichen Praxis. Adressatenkreis der Stellenausschreibungen sollten Studierende in einem Bachelorstudiengang ab dem 4. Semester sowie in einem Masterstudiengang sein.

Die Begrenzung auf Studierende ab dem 4. Semester sollte aus Sicht des Personalamts zum einen aufgrund der Befristungsproblematik (siehe 5.) erfolgen und darüber hinaus sollte bedacht werden, dass Studierende in den späteren Semestern ihres Studiums bereits breitere und tiefere theoretische Kenntnisse vorweisen und ggf. zielgerichteter und gewinnbringender eingesetzt werden können (Vertiefungen oder Schwerpunkte sind zum Beispiel i. d. R. erst ab dem dritten oder vierten Semester vorgesehen) bzw. hier eine künftige Bindung an die Stadt Nürnberg erfolgversprechender wäre.

Ergänzend zu einer Stellenausschreibung ist die Gestaltung einer Landing Page für die Zielgruppe auf der Karriereseite der Stadt Nürnberg sinnvoll. Wichtig ist auch das Angebot über Social Media zu bewerben. Dafür sollen nicht nur die gängigen Accounts von PA (Xing, LinkedIn) genutzt werden, sondern auch die Accounts der Dienststellen (z.B. facebook). Darüber hinaus soll auf Hochschulmessen für die Beschäftigung von Werkstudierenden bei der Stadt Nürnberg geworben werden, denn besonders auf Recruiting-Veranstaltungen kommen vermehrt Anfragen zu diesem Thema.

Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass dieses Konzept sich ausschließlich auf die Personalgewinnung fokussiert. Die Möglichkeit der Personalbindung durch das Angebot der Beschäftigung von Mitarbeiter/innen während z.B. einer Beurlaubung zum Studium wird gesondert betrachtet. In diesem Zusammenhang wird auch die bisherige Praxis der Beurlaubung zur Weiterbildung insgesamt thematisiert.

5. Befristung

In der Regel werden Arbeitsverträge mit Werkstudierenden befristet abgeschlossen, da der Zweck bzw. die Zielsetzung der Beschäftigung als Werkstudierender und der eines regulären Arbeitnehmers unterschiedlich sind.

Eine Möglichkeit der Befristung stellt die sachgrundlose Befristung nach § 14 Abs. 2 TzBfG dar. Demnach kann ein Vertrag maximal für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen werden. Bis zur Höchstdauer von zwei Jahren ist die dreimalige Verlängerung des Vertrages zulässig. Eine weitere Voraussetzung hierfür ist, dass der Beschäftigte zuvor noch nicht bei der Stadt Nürnberg beschäftigt war. Unterbrechungen der Tätigkeit können insofern über eine Befristung ohne Sachgrund nicht abgefangen werden.

Für die Befristung des Beschäftigungsverhältnisses mit sachlichen Grund nach § 14 Abs. 1 TzBfG müssen die darin genannten Voraussetzungen erfüllt sein. Denkbar ist dies, bei

Einsatz der Werkstudierenden im Rahmen eines befristeten Projektes oder bei befristeten Aufgaben, z.B. durch Drittmittelfinanzierung.

Die Möglichkeit der Befristung ist in jedem Fall genau und individuell zu prüfen, um den strengen Voraussetzungen der Rechtsprechung gerecht zu werden. Andernfalls droht das Vorliegen eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses.

6. Stellenplan

Es wird vorgeschlagen, die Planstellen für Werkstudierende, ähnlich wie für Trainees oder Volontäre, zentral im Stellenplan Teil B des Personalamts zu verorten. Für die Eigenbetriebe müssten eigene Planstellen im jeweiligen Stellenplan eingerichtet werden. Für 2021 wird die Schaffung von 10,00 Planstellen à 0,50 VK, von insgesamt also 5,00 VK vorgeschlagen.

Für das Jahr 2020 müsste die Beschäftigung von Werkstudierenden im Rahmen einer budgetfinanzierten Beschäftigung auf den bei den Dienststellen und Eigenbetrieben hierfür vorgesehenen Planstellen erfolgen.

7. Finanzierung

Verfolgt man den Ansatz, dass die Beschäftigung von Werkstudierenden überwiegend in den Bereichen mit großen Personalgewinnungsschwierigkeiten genutzt werden soll, um frühzeitig potenzielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Stadt Nürnberg zu binden, so fände die Beschäftigung voraussichtlich sehr zentriert in einigen wenigen Dienststellen und Eigenbetrieben innerhalb der Stadtverwaltung statt. Um diese Bereiche nicht über Gebühr zu belasten und da die Personalgewinnung von Fachkräften insgesamt im gesamtstädtischen Interesse liegt, wird vorgeschlagen, die Finanzierung der Personalkosten für Werkstudierende ab dem Haushalt 2021 für die Beschäftigung außerhalb der Eigenbetriebe aus dem Gesamthaushalt zu tragen, um zu vermeiden, dass Dienststellen mit niedrigem Überschuss aus dem Personalkostenbudget bei Bedarf keine Finanzierung von Werkstudierenden sicherstellen können.

Ausgehend von der überwiegenden Beschäftigung von Studierenden im technischen Bereich würden die geschätzten Kosten für den Einsatz von 10 Werkstudierenden bei voraussichtlich ca. 193.000 Euro pro Jahr liegen.

Für 2020 müsste die Beschäftigung jedoch vorerst aus dem Budget der jeweiligen Dienststelle bzw. des jeweiligen Eigenbetriebes erfolgen.

8. Rückmeldung Dienststellen und Bindungsmaßnahmen

Um Feedback zu erhalten, wie zufrieden Werkstudierende mit ihrer Beschäftigung bei uns waren und auch, ob sie z.B. grundsätzlich an einer Beschäftigung bei uns interessiert

wären, soll ein Feedbackbogen eingesetzt werden. Seitens der Dienststellen erfolgt Rückmeldung im Rahmen der Erstellung des Arbeitszeugnisses.

Ggf. könnte über eine Aufnahme im Talentpool eine Berücksichtigung bei bzw. ein Hinweis auf geeignete Stellenausschreibungen erfolgen.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept zur Beschäftigung von Werkstudierenden entsprechend der in der Vorlage dargestellten Vorgehensweise umzusetzen und für den Haushalt 2021 die Schaffung von Verbuchungsmöglichkeiten im Stellenplan Teil B mit Finanzierung durch den Gesamthaushalt im Umfang von 5,00 VK zu beantragen.

II. Herrn Ref. I/II

III. a) GPR
b) GSBV

IV. PA

V. Ref. I/II/POA

Nürnberg, 31.01.2020
Personalamt

(26 62)